



## **Wir zeigen Flagge für Europa!**

*Beschluss der Landesversammlung vom 18. März 2017*

Vor 60 Jahren, am 25. März 1957, haben sechs europäische Staaten die Römischen Verträge geschlossen. Sie zogen damit die richtigen Lehren aus den Schrecken zweier Weltkriege. Denn Frieden kann in Europa nur dann gesichert werden, wenn Nationalismus und Totalitarismus durch wirtschaftliche und politische Verflechtung der Völker und Staaten untereinander gebändigt werden. Zudem kann Europa in der Welt nur noch dann eine tragende Rolle spielen, wenn es all seine Kräfte bündelt und dies stets demokratisch und möglichst föderal. Aber diese grundlegenden Lehren und Gründe für die europäische Integration drohen seit einiger Zeit völlig in Vergessenheit zu geraten!

Die Römischen Verträge sind dabei der Meilenstein dieses einzigartigen Friedensprojektes, das über viele Hindernisse und Krisen hinweg schließlich zur Europäischen Union (EU) geführt hat. Es ist eine große Erfolgsgeschichte und so nachhaltig, dass uns die Erfolge weitgehend selbstverständlich erscheinen. Wir können in der gesamten EU reisen, leben, arbeiten und studieren. Wir nutzen die Vorteile der Arbeitsteilung und produzieren für einen gemeinsamen Binnenmarkt; einen Binnenmarkt mit starken – wenn auch noch unvollkommenen – Regeln. Die Mitgliedsstaaten helfen einander bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Auch finden wir Bürger bei unseren Reisen und Tätigkeiten in der EU die gleichen Regeln, z.B. für Verbraucherschutz, Umweltschutz und Datenschutz vor. Wir müssen in den meisten Mitgliedsstaaten nicht einmal mehr die Währung wechseln. Und in der gesamten EU schützen gemeinsame Grundrechte alle Menschen, egal welcher Herkunft, Religion oder Hautfarbe.

Aber es ist durchaus kein Paradies entstanden. Soziale Ungleichheit gibt es immer noch, die Lasten sind oftmals ungerecht verteilt und auch der Klimawandel ist bei weitem nicht gemeistert. Über die notwendigen Lösungen wird daher in der Europapolitik genauso gestritten, wie auch in der Bundes-, Landes- oder Kommunalpolitik. Viel entscheidender ist aber: es ist in der EU ein gesamtgesellschaftlicher Raum entstanden, in dem die Widersprüche menschlichen Zusammenlebens in geordneten und friedlichen Bahnen behandelt werden können und Drohungen oder gar Gewalt keinen Platz mehr haben.

Das bisher Erreichte ist nicht selbstverständlich und auch nicht unumkehrbar. Zudem wird es heute sehr massiv in Frage gestellt. Die Banken- und Staatsschuldenkrise haben den europäischen Zusammenhalt schwer erschüttert und die sozialen Spannungen weiter erhöht. Die zumindest derzeit verstärkten Wanderungsbewegungen nach Europa hinein haben darüber hinaus den Unwillen und die Unfähigkeit aller Mitgliedstaaten zu gemeinsamen und tragbaren Lösungen offenbart. Die zunehmende Unsicherheit in der gesamten Welt hat populistischen

Bewegungen wieder verstärkt Raum gegeben, die ohne Frage stets Steigbügelhalter für Totalitaristen sind. Abschottung und Rückkehr zum Nationalstaat sind erst der Anfang allen Übels; in Großbritannien hat diese Bewegung schon erste Erfolge erzielt. Der immer noch im Entstehen begriffene Europäische Bundestaat ist dabei inzwischen schon traditionell das bevorzugte Ziel aller Populisten, Nationalisten und Totalitaristen; diesen wollen sie mit allen Mittel verhindern und am liebsten sogar das Rad der Geschichte zurückdrehen.

Es ist an der Zeit, unser Europa als die Lösung vieler Probleme und nicht wie bisher gerne in der Öffentlichkeit publik gemacht, als „das Problem“ oder „der Sündenbock“ anzusehen. Wir erwarten von der Europapolitik und allen unseren Mitbürgern, dass sie endlich das bisher Erreichte wertschätzen, die bestehenden Regeln und Gesetze einhalten oder umsetzen sowie die notwendigen weiteren Schritte zur europäischen Einigung bis hin zu den Vereinigten Staaten von Europa einfordern oder zügig einleiten! Kompromissbereitschaft, Subsidiarität und Solidarität sind dabei weiterhin die zwingenden Voraussetzungen! Bürgernähe, Transparenz und eine alle Bürger überzeugende Handlungsfähigkeit der Politik auf allen Ebenen sollten dabei für alle Unionsbürger eine Selbstverständlichkeit werden!

---

#### **Hintergrund-Information zu Europa-Union Baden-Württemberg e.V.:**

Die Europa-Union Deutschland ist ein überparteilicher und gemeinnütziger Verband, der seit über 60 Jahren unter dem internationalen Dachverband der Europäischen Bewegung in der Gesellschaft durch zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen auf ein geeintes, demokratisches Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand hinwirkt. Wir sind aktiv auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Rund 18.000 Mitglieder sind in 16 Landesverbänden mit rund 350 Kreis-, Orts- und Stadtverbänden vernetzt und haben Partnerorganisationen in über 30 Ländern Europas. Im Landesverband Baden-Württemberg führen wir über 3.100 Mitgliedern in 32 Kreisverbänden.

Der Landesverband Baden-Württemberg e.V. zählt neben vielen parteilosen Persönlichkeiten viele führende Politiker aus den Reihen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. 9 der 11 Europaabgeordneten aus Baden-Württemberg sind Mitglied der Europa-Union. Im Landtag von Baden-Württemberg gehören aktuell 43 Abgeordnete aus CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen der Europa-Union an. Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist ebenso langjähriges Mitglied der Europa-Union wie der heutige EU-Kommissar Günther H. Oettinger. Über 138 Kommunen im Land unterstützen die Arbeit der Europa-Union durch eine Mitgliedschaft.

Auch in der Spitze des Bundesverbandes spiegelt sich ihr überparteiliches Profil wider. Neben dem Präsidenten, Rainer Wieland MdEP (CDU), finden sich im Präsidium unter anderen parteilosen EUD-Mitgliedern, Eva Högl MdB (SPD) und Evelyne Gebhardt MdEP (SPD) wieder.

#### **Kontakt:**

Daniel Frey, Mediensprecher  
E-Mail: [Daniel.Frey@eubw.eu](mailto:Daniel.Frey@eubw.eu)  
Webseite: [www.eubw.eu](http://www.eubw.eu)